



BERLININFO

NR. 18

25. November 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423



ich wünsche Ihnen einen gesegneten und entspannten 1. Advent mit Ihren Lieben. Der Baum den Sie hier sehen wurde gespendet von der Lebenshilfe. Schön, dass bei uns im Deutschen Bundestag Weihnachtsbäume ihren festen Platz haben. Im letzten Jahr hatte ich zu dieser Zeit Besuch aus Amerika. Dort gibt es weder für Weihnachtsbaum noch Kreuze einen Platz im öffentlichen Raum. Unser Bild ist geprägt vom Weihnachtsbaum in New York, es ist aber tatsächlich der einzige im öffentlichen Raum.

Ihre

M. Heil

Politische Kampagne in den sozialen Medien gestalten



Ob auf facebook oder youtube, kurze Videos gewinnen immer mehr an Bedeutung. Insbesondere die unter 30-jährigen sind heute eher auf mobilen Endgeräten unterwegs. Sie greifen dort bei weitem öfter auf aktuelle Information zu als auf herkömmliche Medien wie z. B. Zeitungen oder Fernsehen. Zum Thema, wie man diese Entwicklung nutzen und politische Inhalte präsentieren kann, habe ich am Donnerstag einen Workshop für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion organisiert. Als Ergebnis wurde klar, dass wir auch Videokanäle verstärkt nutzen müssen, um mit unseren Argumenten überhaupt die junge Wählerschicht erreichen zu können. Das gilt natürlich auch für mich. Wir sehen uns dann vielleicht nächstes Jahr öfter mal auf Video ;-)

40 Jahre Verband privater Bauherren

Ein Jubiläum, das mich als Architektin natürlich ganz besonders freut. Der Verband gestaltete einen ganzen Tag rund um das Thema „bauen“ mit Vorträgen und Diskussionen. Wie wir den privaten Wohnungsbau in Deutschland politisch noch besser unterstützen könnten, durfte ich auf dem Abschlusspodium diskutieren. Zur Zeit gibt es in vielen Regionen einen regelrechten Bauboom. Gestärkt durch niedrige Zinsen wagen sich viele Menschen an die Realisierung ihres Traums von den eigenen vier Wänden. Bei einer Eigentumsquote von rund 45% ist da ja auch noch viel Luft nach oben. Unser Ziel in der Union ist es, dies noch mehr Menschen - insbesondere jungen Familien - zu ermöglichen. Neben Fördermöglichkeiten diskutieren wir z.B. aktuell einen Entwurf zum Bauvertragsrecht, der deutliche Verbesserungen für den Bauherrn bedeutet, im Bereich der Information wie auch beim der Widerrufsfrist, die dann 14 Tage betragen darf.



Keine neuen Schulden und trotzdem mehr Investitionen



In dieser Sitzungswoche haben wir den Bundeshaushalt für 2017 abschließend besprochen. Es ist der letzte Haushalt der großen Koalition vor der Bundestagswahl. Zum 4. mal in Folge schreiben wir eine schwarze Null, bei einem Haushaltsvolumen von 329,1 Mrd. €. Damit schaffen wir mehr Spielraum für die kommenden Generationen und investieren trotzdem deutlich mehr Geld in Infrastruktur, Forschung, Integration, innere und äußere Sicherheit. Erfreulich ist für mein Verbraucherschutzressort, dass das Stiftungskapital für die Stiftung Warentest um 90 Mio. € erhöht wird. Genauere Informationen finden Sie hier: <https://www.cducsu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/sicherheitsbehoerden-weiterstaerken>

Heimatmomente mitten in Berlin

Die Leitung der Agentur für Arbeit RLP und Saarland war zu Gast in unserer Landesgruppe - und sie waren zufrieden wie seit Jahren nicht mehr. Der Grund liegt in der niedrigen Zahl der Arbeitslosen und auch in der hervorragenden finanziellen Ausstattung der Agentur. Kein Ruf nach mehr Geld, das ist wirklich außergewöhnlich und einen guten Schluck Ahrrotwein wert! Die größten Probleme gibt es nach wie vor bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Und natürlich kommen auch die ersten anerkannten Flüchtlinge in die Beratungen. Instrumente und Programme gibt es genug, so sagen die Fachleute. Aber leider wird noch nicht immer optimal beraten, so der Blick von uns Abgeordneten aus einigen Fallbeispielen vor Ort. Insgesamt hat uns das Gespräch Mut gemacht, die Arbeitsagentur ist offen für Kritik, sieht die Probleme und geht sie entschlossen an. Und wir werden weiter die anerkannten Flüchtlinge unterstützen, die Hilfe auf dem Weg in den Arbeitsmarkt brauchen.



Angela Merkel ist genau die Richtige in dieser schwierigen Zeit

Wir freuen uns, dass unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sich bereit erklärt hat, als Spitzenkandidatin zur nächsten Bundestagswahl anzutreten. Angela Merkel genießt das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und hat international ein hohes Ansehen. Unsere Unterstützung ist ihr sicher.

In den nächsten Jahren bis 2021 stehen wegweisende Entscheidungen an, die unser Land im nächsten Jahrzehnt prägen werden. Für die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit setzen wir auf folgenden Leitlinien:

Erstens wollen wir eine starke Wirtschaft und einen Staat, der durch gute Bildung und Forschung, durch Innovationsfreude und eine vernünftige Datenpolitik die Grundlage dafür legt, dass Deutschland auch im Zeitalter der Digitalisierung wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Damit wollen wir die Grundlage unseres Wohlstands und damit auch unseres Sozialstaats sichern.

Wir wollen zweitens einen starken Staat. Wir leisten in diesen bewegten Zeiten unseren Beitrag für Sicherheit und internationale Stabilität. In die innere und äußere Sicherheit wird weiter massiv investiert. Überall in unserem Land müssen Recht und Gesetz gelten und durchgesetzt werden. Wir stehen für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der den Schwachen geholfen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammensteht. Deshalb müssen sich auch diejenigen, die zu uns gekommen sind, integrieren und dürfen sich nicht isolieren.

Wir wollen drittens mehr Aufmerksamkeit für die vielen Millionen Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, die für ihre Kinder und Enkelkinder da sind, die sich in unserem Land in Vereinen, den Kirchen und sozial engagieren, und für sie Erleichterungen schaffen. Dazu gehören eine bessere Förderung von Familien und Kindern, eine gute Infrastruktur sowie eine steuerliche Entlastung für diese Leistungsträger aus der Mitte unseres Landes.

Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel hat sich Deutschland zum wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch stabilsten Land Europas entwickelt. Angesichts der großen Bewährungsproben in Europa wollen wir daher viertens zusammen mit unserer Bundeskanzlerin und unseren europäischen Partnern die Europäische Union voranbringen und im Sinne eines geeinten Kontinents zur Lösung der Probleme beitragen. Europa ist heute für uns Deutsche wichtiger denn je.

Der nächste Bundestagswahlkampf wird schwer werden. Wir erleben eine starke Polarisierung in unserem Lande. Sowohl von links als auch von rechts werden wir als Union herausgefordert werden. Rot-Rot-Grün ist eine Machtoption, die viele im linken Lager anstreben, die aber nicht gut wäre für Deutschland. Daher müssen wir als Union gemeinsam in diesen Wahlkampf gehen und geschlossen für ein Ziel kämpfen: Wir müssen so stark werden, dass ohne uns als stärkste politische Kraft keine Regierung gebildet werden kann.

Bundeshaushalt 2017 – Wahlversprechen eingehalten.

Wir verabschieden in dieser Woche den Bundeshaushalt 2017. Wir halten damit unsere Wahlversprechen ohne jeden Abstrich ein. Die schwarze Null steht bereits im vierten Jahr in Folge, und es gab keine Steuererhöhungen. Wir konnten sogar beginnen, Schulden zu tilgen.

Im Bundeshaushalt 2017 haben wir unseren Staat in den Bereichen innere und äußere Sicherheit weiter gestärkt. Wir haben in dieser Legislaturperiode unsere **S i c h e r h e i t s b e h ö r d e n** (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) massiv um mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 gestärkt. Überdies konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast 2,8 Milliarden Euro auf gut 36 Milliarden Euro anheben.

Dieser Handlungsspielraum ist das Ergebnis unserer klaren Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten standhält. CDU und CSU stehen geschlossen hinter unserem Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil. Neben der Anhebung der Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg bringen.

12. Jahrgang des Gymnasium Calvarienberg auf Visite in Berlin

Am Montag haben mich die Schülerinnen und Schüler im Deutschen Bundestag besucht. Leider konnte ich aus terminlichen Überschneidungen nicht da sein. Daher sprach mein Berliner Büro mit den Jugendlichen über meine Arbeit im Bundestag, den Ablauf einer Sitzungswoche und andere Themen, wie Termine mit Lobbyisten, Meinungsbildung oder auch den Inhalten von TTIP. Ich hoffe die Gruppe hat ihre Zeit in Berlin genossen und natürlich auch einiges aus dem Gespräch mitgenommen.



Daten und Fakten

Industrie investiert weiter. Im Jahr 2015 haben die deutschen Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 59,8 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Dies waren rund 2,1 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2014, was einem Zuwachs von 3,5 Prozent entspricht. Damit haben die Investitionen den bisherigen Höchststand von 2008 – damals waren es 60 Milliarden Euro – nahezu wieder erreicht. Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber 2014 insbesondere in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren erhöht (plus 16,4 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro). Einen deutlichen Anstieg gab es jeweils auch in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (plus 10,6 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (plus 5,8 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro). Der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Investitionsvolumen bildet die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Hier stiegen die Investitionen um 5,2 Prozent auf 14,302 Milliarden Euro. Leichte Rückgänge gab es bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (minus 3 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro) und von chemischen Erzeugnissen (minus 1,7 Prozent auf 5,1 Milliarden Euro).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Spendenbereitschaft der Deutschen weiter hoch. Die Deutschen haben von Januar bis September 2016 rund 3,1 Milliarden Euro gespendet. Rund 17,8 Millionen Menschen spendeten dabei Geld an gemeinnützige Organisationen oder Kirchen. Zwar gingen die Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht zurück – das Spendenaufkommen um 9,9 Prozent und die Zahl der Spender um 0,6 Millionen – dies ist jedoch vor allem dadurch zu erklären, dass es bislang in 2016 glücklicherweise keine großen medienwirksamen Katastrophen wie etwa das Erdbeben in Nepal 2015 gab. Während die Spenden für Umwelt- und Naturschutz auf Vorjahresniveau blieben, musste der Tierschutz ein leichtes Spendenminus verbuchen. Der Bereich der Kultur- und Denkmalpflege hingegen konnte ein leichtes Plus verzeichnen. Zwar gingen auch die Spenden für die Flüchtlingshilfe zurück, dennoch haben bislang 2,9 Millionen Menschen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres für Flüchtlinge gespendet. 41 Prozent des Spendenaufkommens flossen dabei in internationale Projekte, 30 Prozent in nationale Projekte und 29 Prozent in Projekte vor Ort.

(Quelle: Deutscher Spendenrat)

Digitale Bildungsinfrastruktur ausbaufähig. Die digitalisierte Welt findet keinen wirklichen Eintritt in den Lehrraum. Zu diesem Ergebnis kommt die Sonderstudie „Schule Digital“ der Initiative D21. Zwar verfügen 96 Prozent der weiterführenden Schulen zumindest in ausgewählten Räumen über einen Internetzugang, die Verfügbarkeit elektronischer Geräte im Unterricht variiert jedoch stark: Klassische Desktop-PCs werden den Schülern mit 71 Prozent deutlich häufiger zur Verfügung gestellt als etwa Whiteboards (31 Prozent), Notebooks (20 Prozent) oder Tablets (10 Prozent). Zwar gaben 38 Prozent der Schüler an, dies durch die schulische Nutzung der privaten Smartphones auszugleichen (sogenanntes „Bring your own device“) – 32 Prozent der Schüler durften jedoch überhaupt keine eigenen Geräte verwenden. Als Hürden für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht machten Lehrkräfte daher vor allem auch die Geräteausstattung (73 Prozent) aus. Rechtsunsicherheiten (64 Prozent), mangelnde IT-Kenntnisse